

## Mehr Chancen für Menschen mit Behinderung

# Landtag sieht grundsätzlich Bedarf für Verbesserungen

**VADUZ** Mit grosser Mehrheit hat sich der Landtag gestern dafür ausgesprochen, das Postulat der Freien Liste zur besseren Eingliederung von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsprozess an die Regierung zu überweisen (das «Volksblatt» berichtete am 5. Dezember). «Die Regierung wird eingeladen, umfassend zu überprüfen, wie die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung in Liechtenstein verbessert werden kann. Die Basis hierfür soll das Behindertengleichstellungsgesetz sein. Auch das Invalidenversicherungsgesetz und die Schaffung eines Behinderteneinstellungsgesetzes sollen in die Überprüfung einbezogen werden», erläuterte der Abgeordnete Pepo Frick (FL). Zudem sollten durch flankierende Massnahmen Menschen mit Behinderung bestmöglich bei der Eingliederung in den Arbeitsprozess unterstützt werden. Bei den Abgeordneten stiess das Postulat auf Interesse. «Ich werde das Postulat unterstützen, vor allem weil es er-



gebnisoffen formuliert ist», sagte Christian Batliner (FBP). Allerdings mahnte er im Hinblick auf ein Behinderteneinstellungsgesetz zur Vorsicht. «Kreative Ansätze sind willkommen, aber es kann nicht auf Zwang hinauslaufen», so Batliner. Zuspriechung äusserte auch Marlies Amann-Marxer (VU): «Ich befürworte die Hauptstossrichtung des Postulats, mehr Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen im ersten Arbeitsmarkt zu behalten respektive wieder einzugliedern.»

### Vorschläge in Auftrag gegeben

Die FBP-Abgeordnete Doris Frommelt sprach sich auch für das Postulat aus. «Ob diese verbesserte Eingliederung gleich mit einem neuen Gesetz, dem vorgeschlagenen Behinderteneinstellungsgesetz, erreicht werden soll, ist für mich nicht so absolut gegeben, wie es im Postulat verlangt wird. So unterstütze ich besonders den Auftrag der Postulanten an die Regierung, in Zusammenarbeit mit den involvierten Organisationen die verschiedenen Modelle, die anscheinend im benachbarten Ausland sehr erfolgreich sind, zu prüfen und dem Landtag einen Vorschlag vorzulegen.» (hf)

«Auch die Arbeitgeber brauchen eine gewisse Unterstützung, damit sie bereit und offen sind, Menschen mit einem Handicap zu beschäftigen», sagte Doris Frommelt. (Foto: Paul Trummer)